

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 65 (1971)
Heft: 9

Artikel: Wird die EWG die Politik der Apartheid stützen?
Autor: Wicke, B.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141924>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wird die EWG die Politik der Apartheid stützen?

Die Juli/Augustnummer der englischen Zeitung «Anti-Apartheid News» bringt einen Artikel, der sich mit den Anstrengungen Südafrikas auseinandersetzt, durch ein Sonderabkommen mit der EWG einen günstigeren Zugang zu den süd- und zentralafrikanischen freien Märkten bekommen.

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, daß der Beitritt Großbritanniens zur EWG für Südafrika nachteilig sein könnte, da es für seine sehr umfangreichen Exporte nach England auf die Einfuhrpräferenzen, die es bisher genoß, verzichten müßte. Dabei ist Südafrika, wie kaum ein Land, weitgehend auf die Ausfuhr seiner Erzeugnisse angewiesen, weil die Kaufkraft im eigenen Land nur gering ist als Folge der miserablen Entlohnung der schwarzen Arbeiter. Trotz dieses Nachteils glaubt der Direktor der Britisch-südafrikanischen Handelsgesellschaft (UKSATA), daß der Beitritt Englands zur EWG für Südafrika eigentlich ein Segen wäre, indem es England als Sprungbrett für den Handel mit Europa benutzen könnte: «Ich denke, daß jene Südafrikaner, die sich darauf einlassen und ihre Exporttechniken verfeinern, überrascht sein werden, wie gut sie daran tun».

Der südafrikanische Wirtschafts- (und Polizei-)minister Lourens Muller meint, daß es gelingen sollte, die Partner des Gemeinsamen Marktes dazu zu bringen, sich gegen Nichtmitglieder eine weichere Linie zu eigen zu machen. Es ist nämlich Südafrika ganz und gar nicht daran gelegen, assoziiertes Mitglied der EWG zu werden, denn dann müßte es ja auch den europäischen Staaten Zollpräferenzen gewähren. Es möchte vielmehr eine Art Spezialbeziehungen vereinbaren, wie sie die EWG mit Griechenland, der Türkei und einigen andern Staaten abgeschlossen hat, und sowohl für die europäischen Mitgliedstaaten, wie auch für die mit der EWG assoziierten afrikanischen Staaten. Minister Muller hat im vergangenen Monat alle südafrikanischen Botschafter, die in EWG-Ländern akkreditiert sind, zu einer Konferenz in London einberufen, um sie für Besprechungen mit dem EWG-Ministerrat zu instruieren.

Die Wahl G. Rippens als Englands Unterhändler bei der EWG war ein besonderer Glücksfall für Südafrika. Er ist bekannt für seine Sympathien zu den südafrikanischen Minderheitsregierungen und ist auch durch geschäftliche Interessen an Südafrika gebunden. Außerdem verlangte er die Erweiterung der NATO, um den Süd-Atlantik zu «verteidigen».

In den letzten Jahren sind außer England auch Deutschland, Frankreich, Italien und Belgien wichtige Handelspartner Südafrikas geworden. Südafrika hat nun auch begonnen, den westeuropäischen Markt mit An-

leihen zu überschwemmen. Doch verspricht es sich von seinen Beziehungen zur EWG viel mehr als ein Aushandeln von Sonderrechten. Von jeher ist England sein engster politischer Verbündeter gewesen. In den letzten Jahren jedoch hat es seine Bande mit Frankreich und andern westeuropäischen Ländern gefestigt. Sowohl die englischen wie die französischen Richter stimmten kürzlich gegen den Entscheid des Internationalen Gerichtshofs betreffend die illegale Besetzung Namibias durch Südafrika. Beide Länder stimmten auch gegen das durch den Sicherheitsrat verhängte Waffenembargo. Italien und Frankreich haben Südafrika nicht nur mit Waffen versorgt, sondern auch Lizenzen zur Herstellung von Kampfflugzeugen erteilt.

Südafrikas Forderungen in Brüssel zielen auf Sonderabkommen mit dem sich wirtschaftlich, politisch und militärisch zusammenschließenden Europa, um sich in diesem Zusammenschluß einen Platz zu sichern. Da der Freiheitskampf der Schwarz-Afrikaner sich intensiviert, will die weiße Regierung Südafrikas nicht nur England, sondern ganz Westeuropa mehr und mehr auf ihre Seite ziehen. Ein anderer Aspekt seiner Beziehungen zur EWG ist für Südafrika die Schaffung afrikanischer Märkte, um mit dieser Strategie der besonderen Strukturprobleme seiner Wirtschaft Herr zu werden. Dabei ist das ehrgeizige Ziel der Vorster-Regierung, die Märkte Zentral- und Ostafrikas zu erobern. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht sie Europas gute Dienste, da die afrikanischen Staaten größtenteils noch als wirtschaftliche Kolonien des Westens zu betrachten sind.

Zunächst bedeutet die EWG eine Bedrohung für Südafrikas Anstrengungen, den Handel mit dem übrigen Afrika anzukurbeln. Die ehemaligen französischen Kolonien sind schon mit der EWG assoziiert, das heißt, sie genießen auf ihren Exporten Präferenzen und gewähren Präferenzen auf Importe aus den EWG-Ländern. Nach dem Beitritt Englands könnten weitere afrikanische Staaten in eine Art Assoziierung mit der EWG treten. Das würde bedeuten, daß diese Länder die Importe aus Südafrika vermindern müßten, zugunsten der Importe aus den EWG-Ländern. Für Südafrika wäre es besonders nachteilig, wenn die Nachbarstaaten in Süd- und Ostafrika assoziiert würden. So wird es die Aufgabe W. Naudes (Südafrikas Vertreter in Brüssel) sein, zu erreichen, daß Südafrika dieselben Sonderrechte für den Export in die afrikanischen Staaten erhält, wie sie die EWG-Länder selbst genießen.

Westeuropa und Südafrika haben das gleiche Interesse, das unabhängige Afrika politisch und wirtschaftlich an den Westen zu binden. Durch seine zunehmenden Investitionen in Südafrika ist es für Westeuropa besonders wichtig, Südafrika zu helfen, seine wirtschaftlichen Probleme, die ihm größtenteils aus der Apartheidpolitik erwachsen, zu bewältigen.

Es fällt nicht schwer, aus diesen Tendenzen die Nachteile abzuleiten,

die sich daraus für die afrikanischen Staaten ergeben würden und voraus-
zusehen, wie gestärkt die Apartheidpolitik aus einer solchen Entwicklung
hervorgehen würde.

B. Wicke

Wo der Araber auf den Afrikaner stößt

Colin Legum, der kürzlich in Khartum (Sudan) weilte, macht in einem Artikel im Londoner «O b s e r v e r» (25. Juli 1971) auf die einander widersprechenden Strömungen innerhalb der arabischen Revolution aufmerksam, die durch die dramatischen Ereignisse in Libyen und Khartum bekannt wurden. Seine Analyse der Vorgänge in jenem Teil der Welt mag unseren Lesern willkommen sein.

Ein revolutionärer arabischer Führer, der Präsident von Libyen, Oberst Qadhafy, zwingt einen andern Revolutionär, Oberst Babikr el Noor in Tripoli, das Flugzeug zu verlassen, das ihn nach Khartum bringen sollte, wo er ausersehen war, das erste kommunistische Regime des Sudans zu dirigieren. Ouadhafy läßt den kommunistischen Führerpräsidenten verhaften und liefert ihn an einen dritten arabischen Herrscher, an General Numeiri aus, der durch eine Palastrevolte für ein paar Tage entmachtet worden war, weil er es nicht verstand, wie andere arabische Machthaber zu verstehen gaben, kommunistische Sympathisanten, unter anderen Offiziere seiner nächsten Umgebung, rechtzeitig unschädlich zu machen. Wieder an der Macht läßt Numeiri alle bekannten Kommunisten, und wer immer kommunistischer Sympathien verdächtig ist, verhaften und viele von ihnen erschießen, unter ihnen einen international bekannten marxistischen Gewerkschafter, Mahgoub.

Es zeigt sich, daß revolutionäre Bewegungen der arabischen Welt nicht immer mit Kommunismus identisch sind, wie man im Westen gerne annimmt. Der Grund liegt darin, daß die politische und wirtschaftliche Beherrschung der arabischen Welt durch den Westen nicht anders gebrochen werden konnte, als durch ein Bündnis mit anti-westlichen Mächten — dem Sowjetblock. Es war die Niederlage der dekadenten, demoralisierten arabischen Welt im Zusammentreffen mit der Geburt des vitalen Israelistaates, welche Nasser zum Anlaß nahm, das russische Expansionsdrängen mit der arabischen nationalistischen Revolution zusammenzukoppeln. Seine Strategie führte damit das Eingreifen der Supermächte in das politische Geschehen des Nahen Ostens herbei. Es zeigte sich bald, daß Rußland, angesichts der Wesensart seiner Partner, die moskautreuen kommunistischen Parteien des Nahen Ostens der Staatsraison opfern mußte. Sie wurden angewiesen, so gut es ging, mit den lokalen nationalistischen Revolutionären zusammenzuarbeiten.